

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 15. April 2009



Jusos Stadt Braunschweig
Schloßstr. 8
38100 Braunschweig
Telefon: (05 31) 4 80 98-21
Telefax: (05 31) 4 80 98-26
info@jusos-bs.de
www.jusos-bs.de

GRUNDEINKOMMEN?

DEN ANSPRUCH AUF EXISTENZSICHERNDE ERWERBSARBEIT UND EIN SELBSTSTÄNDIGES LEBEN NICHT AUFGEBEN!

Wir Jusos stehen für ein selbstbestimmtes Leben. Kern unserer Politik ist es, Menschen dazu zu befähigen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Dafür kämpfen wir!

Wir Jusos stehen für Emanzipation. Ziel unseres Politikverständnisses ist es, Menschen zu befähigen, sich kritisch mit gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen.

Wir Jusos setzen uns für Solidarität und Chancengleichheit ein. Ziel unseres politischen Handelns ist es, die Welt sozialer und gerechter zu machen. Wir setzen uns für Benachteiligte ein und öffnen ihnen Lebensperspektiven.

Wir Jusos setzen uns für Gleichstellung ein. Politik muss Geschlechterstereotype zerschlagen. Kein Lebensentwurf darf bevorzugt werden.

Wir Jusos stehen für soziale Teilhabe, den gesetzlichen Mindestlohn und gute Arbeit. Eine Politik, die sich nur an den Interessen der Besserverdienenden orientiert, lehnen wir kategorisch ab.

Wir Jusos gestalten Politik. Eine Politik, die auf Grundlage des Status quo nur verwaltet, gibt den gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch auf.

Wir Jusos sind keine „linken Gespenster“. Unsere Politik erhebt gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch. Sie entsteht in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Sozialverbänden, die unsere Vision einer besseren und sozialeren Welt teilen. Wir sind gesamtgesellschaftliche verankert und die InteressensvertreterInnen der jungen Generation.

I. Zur Diskussion über das „bedingungslose Grundeinkommen

Seit knapp zwei Jahren tritt die Forderung nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ in der politischen Diskussion in Deutschland wieder verstärkt in der Vordergrund. Vertreterinnen und Vertreter, die teilweise der politischen Linken, teilweise der politischen Rechten zugeordnet werden, verfolgen mit ihren Forderungen nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ unterschiedliche gesellschaftspolitische Zielsetzungen. Sie differenzieren sich sehr stark, weil sie von einer Reduzierung des Sozialstaates auf den reinen Bezug des Grundeinkommens bis hin zur Überwindung des Kapitalismus reichen.

Dennoch einigt alle Modelle des Grundeinkommens ihr Verständnis als direkte staatliche Transferleistungen mit dem Anspruch, die materiellen und sozialen Grundrisiken abzudecken. Dabei unterscheiden sich zwei große Argumentationslinien: Zum einen wird das Grundeinkommen als eine „Sozialdividende“ verstanden, die ohne Auflagen an jede/jeden gezahlt wird. In diesem Zusammenhang wird allerdings nicht explizit ausgedrückt, welche gesellschaftliche Bedeutung damit verbunden ist. Zum anderen gibt es Formen des Grundsicherungsmodells, das an bestimmte, zu erfüllende Bedingungen geknüpft ist, wie beispielsweise eine Bedürftigkeitsprüfung, die Bereitschaft zur Erwerbsarbeit, zur Einkommenssteuererklärung etc.

Der Unterschied zu den Mindest- und Kombilohnmodellen

In der öffentliche Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen werden auch die verschiedensten im politischen Diskurs erfassten Modelle des Mindest- und des Kombilohns unter dem Oberbegriff des „Grundeinkommens“ zusammengefasst. Auch wenn wir Jusos in

Braunschweig jegliche Form von Kombilöhnen ablehnen, muss an dieser Stelle herausgestellt werden, dass auch bei den Kombilohnmodellen (wie beim gesetzlichen Mindestlohn) die eigene Erwerbsarbeit im Zentrum der Argumentation steht, für die ein festzusetzender gesetzliche Mindestlohn zu zahlen ist oder die, nach den von uns abgelehnten Modellen des Kombilohns, die Transferzahlung einen ergänzenden Charakter durch den Staat haben soll.

II. Argumentationen zum bedingungslosen Grundeinkommen

Die Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen werden von den Verfechtern dieses Konzeptes oft mit gesellschaftspolitische[n] Argumenten“ begründet. Das „Autonomie- Argument“ bildet dabei die älteste Begründung des Grundeinkommens. Dabei beziehen sich die Argumente gegen den Arbeitszwang und die Fremdbestimmung von Arbeit. Der Mensch soll durch den Erhalt eines bedingungslosen Grundeinkommens in seiner persönlichen Autonomie gestärkt werden, um sein Leben eigenverantwortlich gestalten zu können.

Diese Argumentation hat nur Gültigkeit, wenn der Kritik am Arbeitszwang und an der Entfremdung der Arbeit ausdrücklich zugestimmt wird. Kern dieses Argumentes ist die Überzeugung, die Erwerbsarbeit untergrabe die persönliche Freiheit des Einzelnen. Wenn jedoch die Meinung vorliegt, dass Erwerbsarbeit eine Schlüsselbedeutung für die menschliche Entwicklung darstellt und durch eine Mindestsicherung in Kombination mit Arbeitszeitverkürzung sozial vertretbar gestaltet werden kann, ist diesem Argument der Boden entzogen.

In der öffentlichen Debatte ist die Auffassung sehr populär, dass durch die Etablierung des bedingungslosen Grundeinkommens alternative Arbeit, die Selbstbestimmung und bürgerliches Engagement unterstützt werden können. In diesem Zusammenhang wird von Tätigkeiten gesprochen, die im Rahmen der augenblicklichen gesellschaftlichen Hegemonie des Neoliberalismus nur unter Entbehrungen geleistet werden können. In dieser Argumentation wird betont, dass das Grundeinkommen die Kaufkraft erhöhe beziehungsweise stabilisiere. Deshalb sei das bedingungslose Grundeinkommen im gesellschaftlichen Gesamtinteresse (Konsumenten, Vereine, Verbände, Arbeitskräfte,

Unternehmen).

Derartige Argumentation sind die Folge der gesellschaftlichen Annahme, eine Vollbeschäftigung im Sinne der sechziger Jahre sei in Deutschland nicht mehr erreichbar. Hierbei wird das Grundeinkommen als ein zentraler Bestandteil zu Bekämpfung der Armut und Arbeitslosigkeit gesehen, weil eine materielle Grundabsicherung gegeben sei und auch Formen der Erwerbsarbeit dadurch akzeptabel erscheinen, die alleine nicht zum Leben ausreichen. Vertreter dieser These beziehen sich auf das ökonomische Auseinanderfallen von Arbeit und Einkommen, weshalb immer mehr Menschen ihre Einkommen aus mehr als einer Quelle beziehen (Income Mix aus Kapitalerträgen, Erwerbseinkommen und Sozialtransfers).

Auf diese Weise würden aber Stundenlöhne von drei bis vier Euro in der Stunde gesellschaftlich akzeptiert. Zahlreiche Unternehmen würde die Löhne drücken, da durch den Zuschuss des Grundeinkommen eine *dann* ausreichende Entlohnung gegeben sei.

Derartige Konzepte und Überlegungen lehnen wir Jusos kategorisch ab. Arbeit hat für uns eine Würde. Von der Erwerbsarbeit muss Mensch in die Lage sein, ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben zu führen. Im Kern geht es bei dieser von liberalen und konservativen Anhängern eines bedingungslosen Grundeinkommen häufigen Argumentation um die Öffnung eines für Arbeitgeber möglichst breiten Niedriglohnsektor und die Reduzierung beziehungsweise Abschaffung der Lohnnebenkosten. In diesem Zusammenhang wäre das bedingungslose Grundeinkommen letztlich ein Kombilohn, der prekäre Beschäftigungsverhältnisse, niedrige Stundenlöhne sowie den Abbau des Sozialstaates zur Folge hätte.

Das dritte zentrale Argument der Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens bezieht sich auf den Sozialbereich. Die Bekämpfung der Armut und der Arbeitslosigkeit wird von ihnen als Dualismus verstanden. Die Armutsbekämpfung erscheint den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens wichtiger, da der deutsche Sozialstaat in Folge des raschen Wandlungsprozesses auf dem Arbeitsmarkt seine Sicherungsfunktion immer weniger erfüllen könne.

Gegen dieses sozialpolitische Argument spricht, dass die Armutsbekämpfung in Deutschland

auch im Rahmen der gegebenen staatlichen Institutionen erfolgen kann. Dennoch argumentieren die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens gegen die existierenden sozialstaatlichen Leistungen, da diese die Leistungsempfänger in eine Armutsfalle führen, weil die staatlichen (Transfer-)Leistungen kein auskömmliches Leben ermöglichen würden. Anreize zur Sicherung des Lebensstandards durch eigenständige Erwerbstätigkeit seien nicht gegeben. Es wird betont, dass in Deutschland derzeit zusätzliche Einkommen durch die Anrechnung auf den Sozialtransfer „aufgezehrt“ werden. Deshalb erscheine es für die Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens einfacher, in relativer Armut zu verharren. Ein Anreizsystem sei deshalb erforderlich, das die Aufnahme von (schlecht bezahlten) „dirty jobs“ interessanter mache als der reine Bezug von Transferleistungen.

III. Konzepte eines Grundeinkommens in der aktuellen politischen Debatte

a) Das „Bürgergeld“-Konzept der FDP

Die FDP hat auf ihrem Bundesparteitag in Köln im Mai 2005 unter dem Motto „Das liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht“ ein Bürgergeldkonzept beschlossen. Es basiert auf drei zu Beginn des Papiers genannten Leitlinien:

„ Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe soll der Sozialstaat jedem Bürger die Chance sichern, so weit wie möglich aus eigener Kraft ein selbst bestimmtes Leben führen zu können.[...] Nach dem Leistungsprinzip soll jeder Bürger die Chance bekommen, seine Lebenssituation durch eigene Leistungen zu verbessern. [...] Nach dem Solidaritätsprinzip muss derjenige, der staatliche Leistungen in Anspruch nimmt, zu einer zumutbaren Gegenleistung an die Gesellschaft bereit sein.“

(Beschluss des Bundesparteitages der FDP in Köln, Mai 2005)

Nach den Vorstellungen der FDP soll der Bedarf der in einem Haushalt zusammenlebenden Personen anhand folgender Kriterien berechnet werden: Sicherung des Lebensunterhalts (Ernährung, Kleidung, Hausrat), Unterkunft und Heizung, Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, ein Nachteilsausgleich bei Nichterwerbsfähigkeit sowie ein Mehrbedarfstarif bei Ausbildung.

Dieses Bürgergeld soll allerdings nicht bedingungslos gezahlt werden, sondern nur für diejenigen sein, die nicht fähig sind, das Existenzminimum aus eigener Kraft zu

erwirtschaften. Es soll nach den Vorstellung der Liberalen einen Arbeitsanreiz darstellen.

Außerdem spricht sich die FDP in diesem Konzept dafür aus, die „Mini-Jobs“ bis zu einem monatlichen Einkommen von 600 € auszuweiten. Über den monatlichen Grundbetrag, der durch Hartz IV gedeckt wird, soll eine Zuverdienstmöglichkeit aus Erwerbsarbeit von bis zu 600 € monatlich zu 40 % anrechnungsfrei bleiben.

Mit diesen Vorstellungen verabschiedet sich die FDP endgültig von dem Anspruch, dass Menschen durch Erwerbsarbeit selbstständig für ihren Lebensunterhalt sorgen sollen. Offenbar sind die Liberalen bereit, Dumpinglöhne und die Prekarisierung von Menschen weiter auszubauen. „Hire and Fire“ lautet das arbeitsmarktpolitische Modell der FDP, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu reinen Kostenfaktoren reduzieren möchte.

Der Ansatz, die Mini-Jobs auf bis zu 600 € monatlich auszubauen, führt dazu, dass Menschen aus Vollzeitarbeit *eben nur diesen marginalen Betrag* erzielen haben. Nach Interpretation der FDP lohne es sich aber, diese „Jobs“ anzunehmen, weil durch das Bürgergeld ein staatlicher Zuschuss hinzukomme.

Die Arbeitgeber werden nach den Ansätzen der Liberalen ganz aus der sozialpolitischen Verantwortung entlassen., weil Stundenlöhne von unter 5 € in Deutschland massive zunehmen würden. Außerdem wird die Arbeitgeberseite aus ihrer Verantwortung zur paritätischen Finanzierung der Lohnnebenkosten offenbar vollständig entlassen, da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer völlig allein ihre Beiträge zur Krankenkasse, Rente, Arbeitslosen- sowie Pflegeversicherung zahlen müssten.

Wir Jusos lehnen die Vorstellungen der FDP vollständig ab, weil sie die Arbeitgeber aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entlässt und dazu führt, dass Menschen zu Dumpinglöhnen arbeiten müssen. Gerade der von den Liberalen favorisierte Ausbau des Niedriglohnsektors würde massive Folgen haben, da reguläre, bisher sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in diesen Arbeitssektor verlagert werden würden.

Heute stellen Frauen bereits 75 % der Beschäftigten des Niedriglohnsektors. Eine Erweiterung würde noch mehr Frauen aus der Sozialversicherung drängen, sodass sie trotz

Erwerbsarbeit im Alter nur eine niedrige Rente beziehen würden.

b) Das Modell von Dieter Althaus (CDU)

Innerhalb der Union ist der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus der prominenteste Vertreter eines Bürgergeldkonzeptes. Dessen Vorstellung beinhaltet einen radikalen Wechsel im deutschen Steuer- und Sozialsystem. Althaus favorisiert ein soziokulturelles Existenzminimum, das drei zentrale Eckpunkte beinhaltet. Jede/jeder soll ab dem 18. Lebensjahr ein Bürgergeld als bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 800 €/Monat erhalten. Davon muss eine pauschale Kopfprämie im Gesundheitswesen von monatlich 200 € gezahlt werden. Jede über das Bürgergeld hinausgehende Einnahme soll nach den Vorstellungen Althaus pauschal mit 50 % (!) besteuert werden. Als Alternative schlägt der thüringische Ministerpräsident einen Steuersatz von 25 % vor, wenn das halbierte Bürgergeld von 300 €/Monat gewählt werden sollte.

Kinder und Jugendliche sollen ein reduziertes Bürgergeld von 500 €/Monat erhalten, von dem ebenfalls eine Kopfpauschale im Gesundheitswesen von 200 €/Monat abgeführt werden soll. Diese Kopfpauschale soll sowohl für Erwachsene als auch Jugendliche den Grundanforderung der Gesundheitsvorsorge abdecken. Nicht enthalten in dieser Kopfpauschale sind Beiträge für die Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, die noch entrichtet werden müssen. Außerdem bleibt völlig offen, welchen Leistungskatalog diese „Gesundheitsprämien“ beinhalten soll. Es muss davon ausgegangen werden, dass Leistungen wie das Krankengeld nicht enthalten sind und individuell gezahlt werden müssen.

Althaus beziffert die Kosten seines Bürgergeldkonzeptes auf 600 Milliarden €. Seiner Meinung nach „lohnt“ es sich aus finanzpolitischer Sicht, weil das gegenwärtige Sozialbudget von 735 Milliarden € wegfallen würde! Mit dem Althaus-Modell wäre der Systemwechsel im Gesundheits- und Pflegewesen vollzogen, da die Kopfpauschale die individuell berechneten Beiträgen ersetzen würde. Demnach würde ein Einkommensmillionär pauschal genau soviel Beitrag zahlen wie ein Krankenschwester. Derartige Vorstellungen widersprechen einer Politik, die sich dem Ziel verpflichtet fühlt, Menschen nach ihrer Leistungs- und Belastbarkeit solidarisch an der Finanzierbarkeit des Sozialstaats zu beteiligen.

Auch das Steuermodell Althaus gibt den Anspruch auf, Menschen nach ihrer Belastbarkeit an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, da er anstelle des progressiven Steuermodells eine pauschale Besteuerung á la Friedrich Merz vorschlägt. Gerade die BezieherInnen kleiner und mittlerer Einkommen würden überdurchschnittlich stark belastet werden, während diejenigen, die hohe Einkommen erhalten, besonders entlastet würden. Dieser fatale Ansatz widerspricht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit.

Außerdem bleibt offen, ob und wie die Arbeitgeber an der Finanzierung der Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung beteiligt wird. Für das Gesundheitswesen lässt sich klar feststellen, dass Althaus die Arbeitgeber offenbar aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entlassen möchte.

c) Die Vorstellungen des Hamburger Instituts für Weltwirtschaft (HWWI)

Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburger Instituts für Weltwirtschaft, schlägt vor, allen Bürgerinnen und Bürger ein bedingungsloses Grundeinkommen zu zahlen. Jedes darüber hinausgehende Einkommen (Löhne, Zinsen, Mieteinnahmen, Kapitalerträge) sollen vom ersten Euro an zu einem gleichbleibenden Satz besteuert werden, um diesen Paradigmenwechsel in der Steuer- und Sozialpolitik in Deutschland zu finanzieren. Nach den Berechnung Straubhaars bekäme jede/jeder monatlich 627 € oder 7525 € im Jahr. Dieser Betrag soll nach den Vorstellungen des HWWI die menschlichen Grundbedürfnisse (Wohnen, Nahrung, Kleidung) abdecken. Aus diesem Pauschalbetrag müssten auch Kranken- und Sozialversicherungen gezahlt werden. Alle bisherigen staatlichen Sozialleistungen wie Hartz IV, Arbeitslosengeld I, Kinder- und Wohngeld oder BAföG würden ersatzlos gestrichen.

Straubhaar argumentiert, die (angeblich) in Deutschland stark gestiegenen Lohnnebenkosten seien maßgeblich für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich, da die Sozialbeiträge der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen durch die Lohnnebenkosten finanziert würden. Straubhaar sieht durch die ersatzlosen Streichung der Lohnnebenkosten zahlreiche Dienstleistungen wieder bezahlbar. Außerdem spricht sich das HWWI für die Abschaffung des Kündigungsschutzes und der Flächentarifverträge aus. In diesem Zusammenhang sollen die Löhne von Betrieb zu Betrieb verhandelt werden, da nach Straubhaars Weltansicht Flexibilität (automatisch) wieder mehr Beschäftigung bringe.

Um das bedingungslose Grundeinkommen finanzieren zu können, fordert das HWWI einen

einheitlichen Einkommenssteuersatz von 35 % und eine Mehrwertsteuer in Höhe von 25 %. Dadurch sei nach dem Weltbild Straubhaars der Anreiz zur Arbeit (wieder) gegeben.

Dieses Modell bedeutet nicht zwangsläufig mehr Sozialleistung des Staates, weil alle staatlichen Sozialleistungen auf das bedingungslose Grundeinkommen zurückgefahren werden würden. Auch Hartz IV Empfängerinnen und Empfänger erhalten nur auf den Blick mehr staatliche Leistungen. De facto würde es aber auf ein Nullsummenspiel hinauslaufen, wenn man beachtet, dass Krankenversicherung (die für Erwachsene mindestens 150 € im Monat kosten) und die Wohnung, die nach Hartz IV Gesetzgebung den Betroffenen in einem gewissen Rahmen gezahlt wird, zusätzlich zu dem Regelsatz von monatlich 347 € gezahlt werden. Damit hilft dieses Modell des HWWI keinesfalls den Hartz IV Empfängerinnen und Empfängern.

Vielmehr soll, wie bei dem Modell Althaus, der deutsche Sozialstaat und das deutsche Steuerwesen radikal im marktradikalen Sinne umgebaut werden. Die Arbeitgeber wären aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entlassen. Für uns Jusos gilt auch hier, dass wir derartige Vorstellungen, die de facto die Abschaffung des Sozialstaates bedeuten, unmissverständlich ablehnen. Gerade der von HWWI geforderte Mehrwertsteuersatz belastet die sozial schwächer gestellten Menschen deutlich, da sich die Lebenshaltungskosten zusätzlich noch um mindestens 25 % erhöhen würden.

Gerade paradox erscheint die Gerechtigkeitsvorstellung des HWWI, einen einheitlichen Steuersatz von 35 % einführen zu wollen, da auf diese Weise jegliche Steuergerechtigkeit verloren gehen würde.

d) Das „Existenzgeld“ des Netzwerk Grundeinkommens als linkes Modell

Nach diesem Modell sollen alle in Deutschland lebenden Menschen pauschal ohne Auflagen ein Existenzgeld von monatlich 800 € erhalten. Alle staatlichen Sozialleistungen wie ALG I & II, Kindergeld, Elterngeld, Bafög, Wohngeld und Ausbildungsbeihilfen würden ersatzlos gestrichen. Die für das Existenzgeld benötigten Gelder würden nach diesem Ansatz durch einen Abgabe in Höhe von 50 % auf alle Nettoeinkommen, eine Erbschaftssteuer sowie einer Energie- und Mehrwertsteuer aufgebraucht.

Ein solches Grundeinkommen muss nicht zwangsläufig zu höheren staatlichen

Sozialleistungen und einer besseren sozialen Absicherung führen. Selbst bei einem bedingungslosen Grundeinkommen von 1000 €/Monat würde nicht zu einer besseren sozialen Absicherung führen. De facto läge der erhaltene Betrag knapp über den heutigen im Rahmen der Hartz IV- Gesetze erhaltenen Mittel liegen. Dazu kämen aber noch zusätzliche Kosten für Krankheits- und Unfallversicherung.

IV. Gesamtbewertung der verschiedenen Ansätze

Insgesamt betrachtet zeigen sich zwischen dem „bauchlinken“ Modell des Existenzgeldes und den konservativen beziehungsweise liberalen Ansätzen des Grundeinkommens zwei fundamentale Gemeinsamkeiten.

Jeder soll den gleichen Betrag vom Staat erhalten. Eine über diesen Grundbetrag hinausgehende kollektive Absicherung soll nicht mehr gegeben sein. In Ausnahmefällen (Althaus) ist eine pauschale Kopfpauschale vorgesehen, die die elementaren Bedürfnisse der Krankenversicherung decken soll. Damit wäre aber auch die Kopfpauschale im Gesundheitswesen zementiert. Ein Umverteilungsanspruch des Sozialstaates und eine sich nach der individuellen Leistungsfähigkeit des Einzelnen/ der Einzelnen orientierende Beitragsstaffelung wäre mit diesen Ansätzen aufgegeben.

Eine weitere zentrale Gemeinsamkeit der unterschiedlichen Modelle ist der Aufgabe der Vollbeschäftigung als zentrales Element der (öffentlichen) Arbeitsmarktpolitik dar. Dieser Argumentationsstrang beruht auf der These, der kapitalistischen Arbeitswelt gehe die Arbeit aus, weil durch den technischen Fortschritt die menschliche Arbeitskraft geringer nachgefragt sei. Ausgangspunkt derartiger Überlegungen sind Krisensymptome wie beispielsweise der Wandel der Erwerbsarbeit und wirtschaftlicher Strukturwandel. In Folge der hohen Arbeitslosigkeit seien die deutschen Sozialsysteme nicht mehr finanzierbar. In diesem Zusammenhang müsse auch, so die liberalen und konservativen Ansätze des Grundeinkommens (beziehungsweise des Bürgergeldes), radikal um(ab)gebaut werden, damit Arbeit sich in Deutschland wieder lohne.

Besonders fatal erscheinen der Ansatz des Grundeinkommens für diejenigen, die vom Erwerbslosen ausgeschlossen sind. Das Grundeinkommen stellt in diesem Kontext die

einzigste menschliche Einkommensquelle dar. Auf diese Weise würde die ökonomische Spaltung der Gewerkschaft in Arbeitende und Arbeitssuchende de facto zementiert.

Außerdem wirkt das Grundeinkommen strukturkonservativ, weil es Menschen in ihrem sozialen Status konserviert. Nach der Logik des Grundeinkommens würde jegliche staatliche Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung abgeschafft, da durch den Bezug des Grundeinkommens nach der Argumentation der Befürworter ja eine Existenzgrundlage gegeben sei. Derartige Überlegungen widersprechen einer Politik, die die Würde des Einzelnen und seine gesellschaftliche, politische und soziale Teilhabe verfolgt. Neue Perspektiven und Lebensziele würden nicht geboten.

In diesem Zusammenhang muss auch auf den Geschlechteraspekt hingewiesen werden. Das Grundeinkommen stellt eine „Herdprämie“ dar, die den Frauen die Möglichkeit, selbstbestimmt am Erwerbsleben teilzunehmen, nehmen würde. Die Erwerbsarbeit würde maskularisiert, während sich Frauen um den Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege, Kindererziehung kümmern würden. Ihre ausschließliche Einnahme würde das Grundeinkommen darstellen. Derartig rückständige Konzepte sind mit einer Politik, die sich der Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen verpflichtet fühlt, unvereinbar.

Das Grundeinkommen führt zur Ausgrenzung, da die staatlichen Sozialleistungen weiter reduziert werden würden. Damit wird die gesellschaftliche Verantwortung des Staates ad acta gelegt; die Lebensrisiken weiter individualisiert. Der Umbau und der Ausbau des Sozialstaates durch strukturelle Reformen wie beispielsweise der Einführung einer Bürgerversicherung würde aufgegeben. Der gesellschaftliche Gestaltungsanspruch ist mit einem Grundeinkommen unvereinbar, weil jegliche emanzipatorische Politik, die es Menschen ermöglicht, ihr Leben selbstständig und eigenverantwortlich (im Rahmen einer kollektiven Absicherung der individuellen Lebensrisiken) zu führen, aufgegeben wird.

De facto stellt das Grundeinkommen (beziehungsweise Bürgergeld) nur eine Art Kombilohn dar, der gesellschaftliche Ungleichheiten noch verstärken würde. Mittel- und langfristig würden derartige Ansätze auch zu einer Senkung des Lohnniveaus in Deutschland führen, da die ArbeitgeberInnen auf die mutmaßliche Grundabsicherung verweisen würden. Darüber hinaus führt das Grundeinkommen zur Ausdehnung des bereits existierenden Niedriglohnssektors. Dann profitieren nicht die Arbeitssuchenden, sondern die Arbeitgeber

von der Einführung eines Grundeinkommens, da die Beschäftigten aufgrund des Grundeinkommens eine zusätzliche Verbesserung ihres gesicherten Lebensstandards erstreben und tendenziell jede Arbeit annehmen würden.

Besonders fatal an diesen Ansätzen ist auch, dass die Leitlinie, die Lohnnebenkosten paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu finanzieren, aufgegeben wird. Arbeitgeber wären damit aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung entbunden, während Arbeitnehmer allein für ihre Rente, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sorgen müssten.

V. Den gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch nicht aufgeben: Alternativen zum Grundeinkommen

Wir Jusos Braunschweig lehnen jegliche Form des Grundeinkommens ab. Die dargestellten Konzeptionen sind für uns nicht mit einer emanzipatorischen Politik vereinbar, die am Ziel der gesellschaftlichen Vollbeschäftigung und der existenzsichernden Erwerbsarbeit festhält. Arbeit ist die Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums. Über Erwerbsarbeit erfolgt soziale und materielle Anerkennung, die dem menschlichen Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung mit der Umwelt entspricht.

Es muss Ziel sozialdemokratischer Politik sein, allen Menschen eine Beschäftigungsperspektive und Zukunftschancen zu bieten. Folgende Ansatzpunkte bieten sich an, um dieses gesamtgesellschaftliche Ziel weiter zu verfolgen und der Armut in Deutschland entgegen zu treten:

- Eine Erhöhung der Hartz IV- Sätze
- Eine Erhöhung der Kinderbeträge im Rahmen der Hartz IV- Sätze
- Die öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Pflege, Gesundheit, Bildung und Umwelt müssen ausgebaut werden.
- Bildung und Weiterbildung müssen lebensgerecht gefördert werden.
- Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 €/Stunde muss eingeführt werden.
- Das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss gelten.

- Arbeitszeitverkürzung und die weitere „Humanisierung“ der Arbeit müssen wieder verstärkt aufgegriffen werden.
- Der Sozialstaat muss stärker als Vorsorgestaat in Erscheinung treten
- Die Arbeitslosenversicherung muss zur vor- und nachsorgenden Beschäftigungsversicherung weiterentwickelt werden
- Umwandlung der Kranken- und Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung für alle
- Die Einführung der gesetzlichen Ausbildungsumlage, um allen ausbildungswilligen Jugendlichen eine duale Berufsausbildung zu ermöglichen
- Die Einführung der Gemeinsamen Schule als Ganztagschule, um der sozialen Ausgrenzung im Bildungswesen entgegen zu wirken.
- Die Abschaffung von Studiengebühren
- Verstärkte Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, die allen offen stehen müssen.

Diesen Weg wollen wir gehen und im Dialog mit den Gewerkschaften des DGB und den Sozialverbänden umsetzen! Wir haben begonnen...